

Statement Sophie Schwab

Stellv. Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz

Pressegespräch Frauenarmut 16. Oktober 2017

Das Armutsrisiko haben alle Frauen gemeinsam. Ihre Armutslage und die Situationen der Betroffenen unterscheiden sich aber dennoch enorm.

Die Ursachen hierfür liegen sowohl auf der strukturellen bzw. institutionellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene.

Sie sind der Politik schon lange bekannt. Die nationale Armutskonferenz fordert für Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft und am Arbeitsmarkt.

Es darf nicht länger sein, dass die Hälfte der Bevölkerung schlechtere Chancen hat, sich selbst zu versorgen und in Würde zu leben.

Neben einem Umdenken, dass Kinderversorgung, Haushalt, die Pflege von Angehörigen nicht nur Frauensache ist, sind eine weite Bandbreite an politischen Gegenmaßnahmen notwendig, um eine echte soziale Teilhabe zu gewährleisten.

Es muss einen existenzsichernden Mindestlohn für alle geben, die prekäre Beschäftigung muss eingedämmt werden und der Regelsatz im ALG II muss dringend einem echten menschenwürdigem Existenzminimum gleichen. Hiervon profitieren alle – Männer wie Frauen – die an den Rand der Gesellschaft geschoben werden.

Um gezielt Frauen vor Armut zu bewahren sind u.a. folgende drei zentrale Forderungen der nationalen Armutskonferenz umzusetzen.

1) Es kann nicht sein, dass Frauen 21 Prozent weniger als Männer verdienen. Es gilt also den Gender-Pay-Gap zu schließen. Das heißt mehr Vollzeitjobs für Frauen und den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit.

2) Des Weiteren müssen Berufe, in den vorwiegend Frauen tätig sind wie im Einzelhandel oder im Sozial- bzw. Gesundheitswesens dringend monetär aufgewertet werden.

3) Und last but not least: Die Sorgearbeit für ein Kind oder einen zu pflegenden Angehörigen darf nicht länger die Ursache dafür sein, dass man in Armut gerät. Es ist also von Nöten, dass es im Steuer-, Sozial- und Familienrecht einen angemessenen Familienlastenausgleich gibt. Hierzu ist u.a. zu zählen, dass das Ehegattensplitting durch

eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag ersetzt und dass eine neue bedarfsdeckende einheitliche Geldleistung für alle Kinder geschaffen wird.

Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen und diese müssen von allen – Frauen wie Männern – genutzt werden können.

Nur so schaffen wir eine gleichberechtigte Gesellschaft.